

## Protokoll

---

### Sitzung des Rates der Stadt Celle

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 19.06.2025
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:18 Uhr
<b>Raum, Ort:</b>	Alte Exerzierhalle, Am Französischen Garten 1, 29221 Celle

---

#### Anwesend

##### Vorsitz

Joachim Falkenhagen (kein Vorsitz zu TOP 9)

##### Mitglieder

Dr. Jörg Nigge  
Karin Abenhausen  
Dr. Michael Bischoff (ab 17:52 Uhr)  
Patrick Brammer  
Christian Danner  
Klaus Didschies  
Joachim Ehlers  
Christoph Engelen  
Björn Espe  
Iris Fiß  
Uta Flick  
Axel Fuchs  
Kathrin Fündeling  
Matthias Gobrecht  
Ulrike Holz  
Dr. med. Udo Hörstmann  
Katja Hufschmidt-Bergmann  
Dr. Walter Jochim  
Antoinette Kämpfert  
Salhattin Kizilyel  
Gerda Kohnert  
Carsten Lopusch  
Stephan Ohl  
Johannes Opitz

Jürgen Rentsch  
Dr. Jörg Rodenwaldt  
Marianne Schiano  
Torsten Schoeps  
Juliane Schrader  
Susi Schult  
Achim Stammwitz  
Rainer Taubenheim  
Uwe Theilmann  
Johanna Thomsen  
Anatoli Trenkenschu  
Behiye Uca  
Rezan Uca  
Susanne Völkers  
Alexander Wille (Vorsitz zu TOP 9)  
Bernd Zobel

Verwaltung

Nicole Mrotzek  
Elena Kuhls  
Sebastian Stottmeier  
Kerstin Klein  
Katharina Martin  
Sabine Tornow  
Myriam Meißner  
Lukas Nott  
Lena Dominke  
Michael Frede (Protokollführung)

**Abwesend**

Mitglieder

Ralf Blidon (entschuldigt)  
Anneke Hagedorn (entschuldigt)

**Gäste:** Rechtsanwalt Dr. Wolf Templin - BH&W Partnerschaft von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten mbB

**Zuhörer/innen:** 3 Personen.

**Presse:** 3 Personen.



# Tagesordnung

## Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils
- 4 Neubesetzung des Schiedsgerichtsbezirks III (Celle-West) BV/0109/25-001
- 5 Einwohnerfragestunde nach § 17 der Geschäftsordnung
- 5.1 Einwohnerfragestunde der öffentlichen Ratssitzung am 19.06.2025 - eingegangene Fragen MV/0157/25
- 6 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.04.2025
- 7 Antrag der SPD-Fraktion "§ 5 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Celle (Sachanträge) - Streichung des Absatz 7 (Deckungsvorschlag)" AN/0097/25-001
- 8 Resolution zur Theaterfinanzierung BV/0161/25
- 9 Bewertungskriterien für die Vergabe der Neukonzessionierung der Strom- und Gasnetze BV/0148/25
- 10 Beteiligung an der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG und Wechsel der Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Hannoversche Informationstechnologien AöR BV/0141/25
- 11 Umwandlung und Verschmelzung der Gesellschaften Congress Union Celle BV/0153/25
- 12 Geplante Mitgliedschaft der Stadt Celle im Verein buergerservice.org BV/0124/25

13	Bewilligung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gemäß § 119 NKomVG für den Schulhof der Altstädter Grundschule	BV/0133/25
14	Bewilligung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gemäß § 119 NKomVG zur Umrüstung des Neuen Rathauses auf LED Beleuchtung	BV/0145/25
15	Bewilligung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 117 NKomVG zur Durchführung des Teilprojekts B: Augmented Reality für historischen Rundwanderweg in der LEADER-Region Aller-Fuhse-Aue	BV/0159/25
16	Doppelhaushalt 2026/2027	BV/0125/25
17	Anpassung der Entgeltordnung für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Celle	BV/0114/25
18	Antrag der SPD-Fraktion "Kündigung der Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt Tjumen"	AN/0049/25-001
19	Stellung eines Förderantrags zur befristeten Schaffung einer Personalstelle im Klimafolgenanpassungsmanagement inklusive Konzepterstellung	BV/0118/25
20	Mitteilungen der Verwaltung	
21	Anfragen gemäß § 16 der Geschäftsordnung des Rates	
21.1	Anfrage gemäß § 16 Geschäftsordnung der Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt "Anfragen zum weiteren Vorgehen bzgl. des Karstadt-Gebäudes"	AN/0110/25-001
21.2	Anfrage gemäß § 16 Geschäftsordnung der Fraktion WG/ Die Partei "Anfragen zur Energiespeicherung und Gewinnung von Sauerstoff für Kläranlagen"	AN/0111/25-001
22	Einbringung von Anfragen und Anträgen	
22.1	Antrag der CDU-Fraktion "Fortschreibung Fahrradaktionsplan, Radverkehrsförderung 3.0"	AN/0135/25

22.2	Antrag der FDP-Fraktion "Anfrage zum Schutz von Kultur im Krisenfall"	AN/0136/25
22.3	Antrag der Fraktion DIE UNABHÄNGIGEN "Beauftragung eines externen Ingenieurbüros zur Sanierung des EuropasaaIs der Congress Union"	AN/0137/25
22.4	Antrag der Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt "Anordnung von Tempo 30 im Bereich der Sprengerstraße"	AN/0138/25
22.5	Antrag der CDU-Fraktion "Beauftragung der Verwaltung, ein Nutzungskonzept für das Gelände des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI) an der Dörnbergstraße zu entwickeln"	AN/0140/25
22.6	Antrag der AfD-Fraktion "Erstellen eines Beleuchtungskonzeptes für die Triftanlagen"	AN/0142/25
22.7	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Einführung eines Modells des „Corporate Carsharing“ für die Beschäftigten der Stadt Celle"	AN/0156/25
22.8	Antrag der Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt "Poller Schuhstraße - bauliche Veränderungen zur Umsetzung der Sperrzeiten"	AN/0158/25

# Protokoll

## Öffentlicher Teil

---

### 1 Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Falkenhagen eröffnet die Sitzung.

---

### 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Falkenhagen stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

---

### 3 Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils

Der Ratsvorsitzende gibt folgende Hinweise zur heutigen Tagesordnung:

- Zum Tagesordnungspunkt 4 „Neubesetzung des Schiedsgerichtsbezirks III (Celle-West)“ ist der vorgeschlagene Kandidat Herr Machleb heute anwesend und steht dem Rat für Nachfragen gerne zur Verfügung.
- Die Vorlage BV/0147/25 zum Tagesordnungspunkt 8 „Änderung der Hauptsatzung“ wurde von der Verwaltung zurückgezogen.
- Als neuer Tagesordnungspunkt 8 soll die Vorlage BV/0161/25 „Resolution zur Theaterfinanzierung“ vorgesehen werden. Der Oberbürgermeister begründet diesen Dringlichkeitsantrag und weist darauf hin, dass sich das Land finanziell stärker beteiligen soll. Dies sei eine konzertierte Aktion aller betroffenen kulturellen Einrichtungen. Danach stimmt der Rat der o. g. Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.
- Zu Tagesordnungspunkt 9 („Bewertungskriterien für die Vergabe der Neukonzessionierung der Strom- und Gasnetze“) merkt er an, dass sich jedes Ratsmitglied kritisch hinterfragen möge, ob er sich bei diesem Thema für befangen hält. Falls dies zutreffen sollte, wäre es seines Erachtens angebracht, den Sitzungssaal zu verlassen. Er selber werde die Sitzungsleitung abgeben und da die beiden gewählten Vertreterinnen (Ratsfrau Kohnert und Ratsfrau Schrader) ebenfalls nicht die Sitzungsleitung wegen Befangenheit übernehmen können, ist gemäß § 3 Abs. 3 Geschäftsordnung des Rates zu verfahren (*„Sind die / der Ratsvorsitzende und ihr/e oder sein/e Vertreter/innen und Vertreter verhindert, so wählt der Rat unter dem Vorsitz des ältesten anwesenden hierzu bereiten Ratsmitgliedes für die Dauer der Verhinderung, längstens für die Dauer der Sitzung, eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden aus seiner Mitte“*).
- Der Tagesordnungspunkt 18 „Kündigung der Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt Tjumen“ ist abzusetzen, da der Antrag von der SPD-Fraktion zurückgezogen wurde.

Danach wird die vorstehende Tagesordnung mit den o. g. Änderungen einstimmig bestätigt.

---

---

**4 Neubesetzung des Schiedsamsbezirks III (Celle-West) BV/0109/25-001**

Der heute anwesende Kandidat Herr Machleb stellt sich kurz dem Rat vor und er dankt den vier Ortsräten, die seine Berufung empfohlen haben, für das entgegengebrachte Vertrauen.

Danach wählt der Rat einstimmig Herrn Thomas Machleb gem. § 4 des Nds. Gesetzes über gemeindliche Schiedsämter für die Dauer von fünf Jahren zum neuen Schiedsmann für den Schiedsamsbezirk III (Celle-West).

Nach der Wahl des neuen Schiedsmannes wird der Vorgänger Herr Klaus Didschies vom Oberbürgermeister verabschiedet. Als Dank für die langjährige ehrenamtliche Tätigkeit erhält Herr Didschies ein Präsent.

Weiterhin erhält Herr Machleb zum Amtsantritt ein Präsent vom Oberbürgermeister; dieser wünscht ihm für die neue Aufgabe viel Erfolg.

---

**5 Einwohnerfragestunde nach § 17 der Geschäftsordnung**

---

**5.1 Einwohnerfragestunde der öffentlichen Ratssitzung am 19.06.2025 MV/0157/25**  
**- eingegangene Fragen**

**Fragesteller A (anwesend)**

Die Fragen und Antworten zur o. g. Einwohnerfrage sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**Fragesteller B (anwesend)**

Die Fragen und Antworten zur o. g. Einwohnerfrage sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**Fragesteller C (nicht anwesend)**

Die Fragen und Antworten zur o. g. Einwohnerfrage sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

---

**6 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.04.2025**

Das obengenannte Protokoll wird einstimmig bei zwei Enthaltungen genehmigt.

---

**7 Antrag der SPD-Fraktion "§ 5 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Celle (Sachanträge) - Streichung des Absatz 7 (Deckungsvorschlag)" AN/0097/25-001**

Ratsherr Rentsch erläutert den o. g. Antrag. Danach enthalte die aktuelle Geschäftsordnung

des Rates (GO) einen Passus, der unzulässigerweise in die Rechte der Ratsmitglieder eingreife. Deshalb sei die in Rede stehende Korrektur notwendig und er bittet den Rat um Zustimmung.

Ratsherr Schoeps dankt der SPD-Fraktion für den eingereichten Antrag, denn dadurch werde die Ratsarbeit erleichtert, da keine Deckungsvorschläge mehr notwendig seien. Er betont die Wichtigkeit des freien Ratsmandates.

Beigeordneter Ohl merkt an, dass es seinerzeit gute Gründe gegeben habe, solch einen Passus in die GO aufzunehmen. Gerade in Zeiten der Haushaltskonsolidierung habe dies durchaus Sinn gemacht. Er appelliert an alle Ratsmitglieder, zukünftig keine Luftschlösser zu bauen und mit Augenmaß zu agieren.

Ratsherr Dr. Hörstmann erklärt, dass nunmehr Anträge ohne Deckungsvorschlag nicht mehr pauschal zurückgewiesen werden können. Man sollte die GO anpassen, dennoch sei es unerlässlich, Anträge mit dem notwendigen Augenmaß zu stellen.

Ratsherr Zobel weist darauf hin, dass in der Vergangenheit bei Anträgen der Opposition oftmals das Argument „wo soll denn das Geld dafür herkommen“ ins Feld geführt worden sei. Bei Anträgen der Mehrheitsfraktionen sei es keine Seltenheit gewesen, dass eine Deckung über Haushaltsreste als Lösung präsentiert wurde. Dies müsse sich ändern.

Danach entscheidet der Rat einstimmig wie folgt:

Dem Antrag Nr. AN/0097/25 der SPD-Fraktion wird zugestimmt. Die Geschäftsordnung des Rates der Stadt Celle ist - wie im Sachverhalt der o. g. Vorlage dargestellt - anzupassen. Damit ist der Antrag inhaltlich behandelt und formal erledigt.

---

## **8 Resolution zur Theaterfinanzierung**

**BV/0161/25**

Ratsherr Dr. Jochim hebt hervor, dass die Kosten für das Celler Theater als kommunale Bühne immer weiter steigen würden. Ohne Zuschüsse des Landes sei dies nicht mehr finanzierbar. Er befürwortet diese Resolution, um das Celler Theater zu erhalten.

Ratsfrau Schult weist darauf hin, dass die Bezuschussung des Theaters für das Land, für die Stadt und für den Landkreis eine Mammutaufgabe darstelle. Das Defizit steige immer weiter und führe u. a. dazu, dass Produktionen abgesetzt werden müssen. Dadurch drohe stetiger Kulturabbau, den sie ablehne. Auch der Verlust von Arbeitsplätzen sei nicht hinnehmbar. Die Kultur als Säule der Demokratie müsse gestärkt werden. Sie geht davon aus, dass sich die Stadt auch zukünftig an den Kostensteigerungen beteiligen werde. Bezüglich des aktuellen Jubiläumsjahres weist sie darauf hin, dass dies gesondert über Sponsoren finanziert worden sei.

Ratsherr Trenkenschu erklärt, dass er der Resolution zustimmen werde, auch wenn das Geld im städtischen Haushalt knapp sei. Deshalb sei es unerlässlich, dass auch im Bereich des Theaters die Kostenseite überprüft werde, um das Defizit möglichst zu verringern.

Ratsherr Dr. Hörstmann führt aus, dass sich das in Rede stehende Problem schon länger abgezeichnet habe. Auch bei anderen Einrichtungen gebe es finanzielle Engpässe, doch diese stünden im Vergleich zum Celler Theater immer besser dar, was für ihn nicht nachvollziehbar sei. Die Verwaltung möge auf eine Verbesserung der finanziellen Situation beim Celler Theater hinwirken.

Bürgermeister Wille trägt vor, dass die CDU-Fraktion der Resolution zustimmen werde. Wei-

terhin betont er, dass das Celler Theater seit Jahren finanziell schlechter wegkomme als andere Einrichtungen. Dies liege an den Regierungsparteien auf Landesebene, die die neue Förderkulisse strikt ablehnen. Er appelliert an alle Parteien, auf ihre Mitglieder im Landtag einzuwirken, um hier eine Veränderung herbeizuführen.

Ratsherr Zobel gibt zu den Ausführungen seines Vorredners an, dass bis zum Jahr 2022 die CDU in der Landesregierung vertreten gewesen sei. Auch in dieser Zeit seien notwendige Strukturänderungen nicht vorgenommen worden, um die Finanzierung der kommunalen Theater usw. zu verbessern. Es müssten umgehend Änderungen erfolgen, um auch die Tarifsteigerungen abzudecken; deshalb werde er der Resolution zustimmen.

Ratsherr Engelen führt aus, dass Bürgermeister Wille als Mitglied der Opposition im Landtag an die Landesregierung appelliert habe, mehr Geld für das Celler Theater zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang müsse er darauf hinweisen, dass die Stadt auch nicht immer eine bedingungslose Unterstützung für das Theater zeige. Dies werde u. a. beim Thema „Mängelbeseitigung“ deutlich, denn hier müsse sich die Stadt als Mieter der Räumlichkeiten im Schloss mehr beim Land einsetzen und die Interessen des Theaters als Untermieter stärker vertreten.

Der Oberbürgermeister zeigt sich verwundert, dass dieses Thema so kontrovers diskutiert werde, dabei hätten doch alle das gemeinsame Ziel, nämlich das hiesige Theater zu fördern und zu unterstützen. Es gebe einen klaren Konsens dahingehend, dass Stadt, Land und Landkreis je ein Drittel der Kosten zu tragen haben. Doch das Land ziehe sich hier seit längerem heraus und die Stadt unternehme große Anstrengungen, dies zu kompensieren. Das Land solle sich an dem o. g. Konsens halten und die heutige Resolution solle dies einfordern.

Beigeordneter Brammer berichtet, dass die SPD-Fraktion zustimmen werde. Doch nach alledem müsse sich die Stadtgesellschaft, zu der auch der Rat gehöre, fragen, was ihr das Theater insgesamt wert ist. Dies müsse weiter definiert und ggf. auch finanziell unterfüttert werden. Der Ratsvorsitzende weist darauf hin, dass die von Herrn Brammer aufgeworfene Frage vorrangig mit dem Theaterverein erörtert werden müsse, denn dieser sei Träger des Schlosstheaters.

Beigeordneter Ohl informiert, dass es zum Thema „Theaterfinanzierung“ derzeit schon Gespräche auf Landesebene gebe; deshalb sei es nicht angebracht, wenn Bürgermeister Wille heute im Rat Landespolitik betreibe. Man sollte heute die Resolution verabschieden und danach den Akteuren den notwendigen Spielraum geben, um eine Lösung zu erarbeiten. Politischer Zank sei hier nicht angebracht.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass zu dem in Rede stehenden Thema schon seit mehreren Jahren mit verschiedenen Ministern Gespräche geführt worden seien, ohne dass sich an der Haltung des Landes etwas wesentlich geändert habe. Deshalb sei es nicht angebracht, sich hier zu mäßigen, sondern man müsse mit Nachdruck die städtische Position vertreten.

Danach entscheidet der Rat einstimmig wie folgt:

Der Rat der Stadt Celle fordert die Landesregierung auf, seiner Verantwortung für die kommunalen Theater und Orchester gerecht zu werden und Tarifsteigerungen für die Mitarbeitenden anteilig wieder zu übernehmen.

---

## Strom- und Gasnetze

Da nach der Sitzungsunterbrechung weder der Ratsvorsitzende Joachim Falkenhagen noch die beiden gewählten Vertreterinnen (Ratsfrau Gerda Kohnert und Ratsfrau Juliane Schrader) die Sitzungsleitung wegen Befangenheit übernehmen können, übernimmt gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates zunächst Ratsherr Achim Stammwitz als ältestes anwesendes und hierzu bereites Ratsmitglied den Vorsitz, um für die Dauer dieses Tagesordnungspunktes eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden aus der Mitte des Rates wählen zu lassen.

Ratsherr Stammwitz bittet als Wahlleiter um Vorschläge, wer den Vorsitz bei diesem Tagesordnungspunkt 9 übernehmen soll. Ratsherr Joachim Ehlers schlägt Bürgermeister Alexander Wille vor. Ratsherr Torsten Schoeps schlägt Ratsherrn Achim Stammwitz vor, doch dieser erklärt, dass er für die Wahl als Interimsvorsitzender nicht zur Verfügung steht. Weitere Vorschläge werden aus der Mitte des Rates nicht gemacht.

Ratsherr Stammwitz leitet den Wahlvorgang gemäß § 67 NKomVG ein. Da niemand widerspricht, kann offen per Handzeichen gewählt werden. Danach wird Bürgermeister Wille mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung zum Vorsitzenden bei dem Tagesordnungspunkt „Bewertungskriterien für die Vergabe der Neukonzessionierung der Strom- und Gasnetze“ gewählt. Bürgermeister Wille erklärt, dass er die Wahl annimmt. Danach übernimmt er die Sitzungsleitung zu diesem Tagesordnungspunkt und dankt für das entgegengebrachte Vertrauen.

Beigeordneter Ohl berichtet, dass vor ca. einem Jahr schon initiiert worden sei, das in Rede stehende Verfahren möglichst frühzeitig einzuleiten, um genügend Zeit für die Ausschreibung usw. zu haben. Leider habe dieser Vorschlag keine Mehrheit gefunden. Doch auch in der verbleibenden kurzen Zeit konnte ein gutes Ergebnis erarbeitet werden und er dankt der Fachverwaltung und der externen Prozessbegleitung für die geleistete Arbeit und Unterstützung. Bei den Bewertungskriterien sei ein breiter Konsens gefunden worden. Weiterhin weist er darauf hin, dass bei den Auswahlkriterien für den Abschluss des Gaskonzessionsvertrags die Gewichtung beim Kriterium Preisgünstigkeit zu den Unterkriterien „Hausanschlusskosten“ und „Baukostenzuschuss“ mit jeweils 10 statt 5 Gewichtungspunkten geändert worden sei. Gleichzeitig sei beim Kriterium „Umweltverträglichkeit – Entfernung stillgelegter Anlagen“ die Gewichtung von 30 auf 40 Punkte zu erhöhen. Dies sei augenscheinlich noch nicht eingearbeitet worden und er bittet um Klärung. Der Sitzungsleiter Wille schlägt vor, diese Frage vom im Sitzungssaal anwesenden externen Gutachter Herrn Rechtsanwalt Dr. Wolf Templin beantworten zu lassen. Aus dem Rat kommt dazu kein Widerspruch. Herr Dr. Templin berichtet, dass bezgl. der Bepunktung der Umweltverträglichkeit alle relevanten Positionen angepasst worden seien.

Beigeordneter Brammer führt aus, dass die vorliegende Vorlage ein gutes Ergebnis sei und er bittet um Abstimmung.

Auf Nachfrage gibt es keine weiteren Wortbeiträge. Bürgermeister Wille dankt Herrn Dr. Templin für die hervorragende fachliche Begleitung während dieses langen Prozesses, denn es sei für die Ratsmitglieder keine einfache Materie.

Abschließend entscheidet der Rat der Stadt Celle einstimmig bei einer Enthaltung wie folgt:

Der Rat der Stadt Celle stimmt den als Anlage 1 der o. g. Vorlage vorgeschlagenen Bewertungskriterien einschließlich der darin enthaltenen Gewichtung für das Stromkonzessionsverfahren zu. Die Auswahlkriterien sind für den Neuabschluss des Stromkonzessionsvertrages zu Grunde zu legen.

Der Rat der Stadt Celle stimmt den als Anlage 2 der o. g. Vorlage vorgeschlagenen

Bewertungskriterien einschließlich der darin enthaltenen Gewichtung für das Gaskonzessionsverfahren zu. Die Auswahlkriterien sind für den Neuabschluss des Gaskonzessionsvertrages zu Grunde zu legen.

Damit ist auch der zweite Teil des Antrags AN/0315/24, die Mitteilung der für die Vergabe notwendigen Kriterien insbesondere mit örtlichem Bezug, inhaltlich behandelt und formal erledigt.

---

**10 Beteiligung an der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG und Wechsel der Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Hannoversche Informationstechnologien AöR** **BV/0141/25**

Der Ratsvorsitzende Falkenhagen übernimmt ab diesem Tagesordnungspunkt wieder die Sitzungsleitung. Danach beschließt der Rat einstimmig wie folgt:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, einen Geschäftsanteil der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG zu einem Kaufpreis von 1.000,- € zu erwerben.
2. Zur Wahl des in die Generalversammlung der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG zu entsendenden, stimmberechtigten Vertreters wird Herr Oberbürgermeister Dr. Jörg Nigge vorgeschlagen. Zur Wahl seiner Vertreterin wird Frau Lucie Festersen vorgeschlagen.
3. Die 1. Stadträtin Nicole Mrotzek wird auf Vorschlag des Oberbürgermeisters als Vertreterin der Stadt Celle im Verwaltungsrat der Hannoversche Informationstechnologien AöR (hannIT) benannt. Im Falle ihrer Verhinderung wird Frau Lucie Festersen als Stellvertreterin benannt.

---

**11 Umwandlung und Verschmelzung der Gesellschaften Congress Union Celle** **BV/0153/25**

Der Rat beschließt einstimmig, die Verwaltung für die Umsetzung folgender Maßnahmen zu ermächtigen:

1. Umwandlung der Veranstaltungs GmbH & Co. KG Congress Union Celle in die Congress Union Celle GmbH,
2. Verschmelzung der Verwaltungs GmbH Städtische Union mit der Congress Union Celle GmbH.

---

**12 Geplante Mitgliedschaft der Stadt Celle im Verein buergerservice.org** **BV/0124/25**

Der Rat beschließt einstimmig, zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine ordentliche Mitgliedschaft in dem Verein buergerservice.org e.V. zu begründen. Der damit verbundene jährliche Mitgliedsbeitrag in Höhe von derzeit 1.000,00 € wird gebilligt.

---

**13 Bewilligung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gemäß § 119 NKomVG für den Schulhof der Altstädter Grundschule** **BV/0133/25**

Der Rat beschließt einstimmig nach § 119 NKomVG die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zur Ausschreibung der Schulhofsanierung der Altstädter Grundschule (211000.7872410) in Höhe von 500.000 €.

---

**14 Bewilligung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gemäß § 119 NKomVG zur Umrüstung des Neuen Rathauses auf LED Beleuchtung** **BV/0145/25**

Ratsherr Rentsch hebt hervor, dass die Umstellung auf LED-Beleuchtung die Zukunft und alternativlos sei. Der Kostenfaktor dürfe hier keine Rolle spielen. Er bittet um Zustimmung.

Ratsherr Trenkenschu trägt vor, dass hier eine hohe Summe investiert werde und da seien Fragen zu den anfallenden Kosten usw. völlig legitim. Die AfD-Fraktion werde hier zustimmen.

*Im Nachgang der Sitzung gibt die Verwaltung folgende Informationen zur Umrüstung der Beleuchtung auf LED im Rathaus zur Kenntnis:*

- Stromverbrauch jetzt: 435.651 kWh/a

- Zukünftiger Stromverbrauch: 56.634 kWh/a (entspricht einer Reduktion um nahezu 87 %, in Abhängigkeit des jeweiligen Nutzerverhaltens).

- Wie setzen sich die Kosten zusammen: Die Kosten setzen sich aus der Demontage des alten Leuchtensystems inkl. Vorschaltgerät sowie der Montage des neuen Leuchtensystems zusammen. Zusätzlich sind die Kosten für die Beschaffung der neuen Leuchten enthalten.

- Wann ist die Amortisierung erreicht: Die Amortisierung variiert je nach Leuchtentyp und Nutzungsart zwischen 5 bis max. 14 Jahren. Der Großteil der neuen Leuchten wird sich nach max. 10 Jahren durch die Reduktion der Stromkosten aromatisiert haben.

Danach beschließt der Rat einstimmig nach § 119 NKomVG die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zur Umrüstung des Neuen Rathauses auf LED-Beleuchtung (111200.7871198) in Höhe von 348.000 €.

---

**15 Bewilligung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 117 NKomVG zur Durchführung des Teilprojekts B: Augmented Reality für historischen Rundwanderweg in der LEADER-Region Aller-Fuhse-Aue** **BV/0159/25**

Der Rat beschließt einstimmig nach § 117 NKomVG die überplanmäßige Auszahlung zur Durchführung des Teilprojekts B: Augmented Reality für historischen Rundwanderweg in der LEADER-Region Aller-Fuhse-Aue (511600.7872049) in Höhe von 150.000 €.

Ratsherr Zobel erklärt, dass es sicherlich für beide Alternativen gute Argumente gebe. Im Jahr 2021 war Kommunalwahl und da sei für die Jahre 2021/22 auch kein Doppelhaushalt beschlossen worden. Die Haushaltsberatungen seien die Königsdisziplin des Rates und man sollte nach der Kommunalwahl im nächsten Jahr dem neuen Rat ebenfalls die Möglichkeit geben, seinen ersten Haushalt für 2027 beschließen zu können. Zudem stünde im nächsten Jahr auch die OB-Wahl an und falls ein neuer HVB gewählt werden sollte, sollte er auch die Chance bekommen, beim Haushalt 2027 seine Vorstellungen einbringen zu können. Er lehne einen Doppelhaushalt ab.

Beigeordneter Brammer trägt vor, dass er diverse Gründe sehe, keinen Doppelhaushalt zu beschließen; u. a. gebe es bei der Planung für das zweite Jahr große Unsicherheiten. Weiterhin hätte die weltpolitische Lage große Auswirkungen auf die Haushaltslage (u. a. Hochwasser- bzw. Unwetterereignisse, Pandemien, Kriege, Zollpolitik, Flüchtlingszahlen). Deshalb sollte man von einem Doppelhaushalt absehen, um besser kalkulieren zu können. Der Rat habe das Budgetrecht, dies sollte er sich nicht nehmen lassen. Im Übrigen merkt er an, dass es nach dem Beschluss unter TOP 7 wohl zukünftig keine haushaltsrelevanten Anträge mehr geben werde.

Ratsherr Fuchs erklärt, dass die CDU-Fraktion einem Doppelhaushalt für die Jahre 2026/27 zustimmen werde. Für ihn sei verwunderlich, dass die Parteien, die heute im Rat einen Doppelhaushalt ablehnen wollen, im Kreistag dafür gestimmt hätten.

Ratsherr Schoeps berichtet, dass der Rat das Budgetrecht habe und darauf sollte er bestehen. Die Hinweise der Kämmerin, dass die neuen Ratsmitglieder keine Ahnung hätten und sich nicht auskennen würden, sei nicht nachvollziehbar, denn die neuen Mandatsträger könnten sich schnell einarbeiten. Zudem werden auch noch erfahrene Kollegen im Rat vertreten sein, die anfangs unterstützen können.

Ratsherr Dr. Hörstmann weist darauf hin, dass sich der neue Rat erst im November 2026 konstituieren werde, so dass der Haushalt für 2027 erst sehr spät eingebracht werden könne. Dies führe dazu, dass der Haushaltsbeschluss sich verzögern werde; bis dahin lägen freiwillige Leistungen usw. auf Eis. Dies träfe viele Vereine und Verbände. Die Ansätze in einem Doppelhaushalt seien nicht in Stein gemeißelt und könnten durch Nachträge usw. geändert werden. Durch die anstehende Kommunalwahl gebe es eine Sondersituation und man sollte hier an die Bürger denken, die die o. g. Verzögerungen ausbaden müssten.

Beigeordneter Ohl berichtet, dass es schwierig sei, für das Jahr 2027 schon eine Prognose abzugeben, da u. a. das Steueraufkommen von Bund und Land noch gar nicht bekannt seien. Zudem seien die Entwicklungen bei der Gewerbe- und Grundsteuer sowie bei den Personalkosten noch sehr vage. Auch könne man die Kosten für die Projekte Congress Union, Karstadtgebäude und Altes Rathaus noch nicht beziffern und die kommunale Wärmeplanung sei noch nicht aufgestellt worden. Er sehe sich deshalb nicht imstande, einen Doppelhaushalt zu beschließen.

Erste Stadträtin Mrotzek merkt zu den Ausführungen des Ratsherrn Schoeps an, dass sie nie gesagt habe, dass die neuen Ratsmitglieder ab 11/2026 nicht kompetent seien, denn die neuen Mandatsträger kenne sie noch gar nicht. Die Verwaltung plane stets mit großer Sorgfalt und mittelfristig für fünf Jahre. Veränderungen seien jederzeit durch Nachtragshaushalte, überplanmäßige Ausgaben usw. möglich. Ziel sei es, in der haushaltslosen Zeit voll handlungsfähig zu bleiben. Sie bittet um Zustimmung zu einem Doppelhaushalt, ansonsten entstünde großer Mehraufwand.

Ratsherr Trenkenschu erklärt, dass man nicht immer abschätzen könne, was morgen oder in einigen Monaten passieren werde. Es gebe geeignete haushalterische Instrumente, um auf

Unvorhergesehenes reagieren zu können. Er plädiere für eine pragmatische Lösung und das sei ein Doppelhaushalt für 2026/27. Alles andere führe zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen.

Danach entscheidet der Rat mehrheitlich mit 21 Ja-Stimmen und 20-Nein-Stimmen, dass die Stadt Celle für die Haushaltsjahre 2026/2027 einen Doppelhaushalt aufstellt.

---

**17 Anpassung der Entgeltordnung für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Celle** **BV/0114/25**

Ratsherr Trenkenschu erläutert den im Jahr 2023 eingereichten Antrag. Diese Maßnahme werde Familien finanziell entlasten und trage dazu bei, dass die Stadt immer familienfreundlicher werde. Er bittet um Zustimmung.

Danach beschließt der Rat einstimmig die Entgeltordnung für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Celle in der beigefügten Fassung (siehe o. g. Vorlage) zum 01.08.2025.

---

**18 Antrag der SPD-Fraktion "Kündigung der Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt Tjumen"** **AN/0049/25-001**

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

---

**19 Stellung eines Förderantrags zur befristeten Schaffung einer Personalstelle im Klimafolgenanpassungsmanagement inklusive Konzepterstellung** **BV/0118/25**

Ratsherr Rentsch weist darauf hin, dass es hier zunächst nur um eine Antragstellung gehe, doch dieser Schritt sei notwendig und sinnvoll, denn das Thema „Klimafolgenanpassung“ usw. sei immens wichtig. Die SPD-Fraktion befürwortet dieses Vorhaben, denn die Personalausstattung sei in diesem Bereich zu gering, um die vielfältigen Aufgaben bewältigen zu können. Bezüglich der Aktualisierung der Internetseiten der Stadt Celle vermisse er noch die Umsetzung des digitalen Dashboards, in dem man den aktuellen Stand der Maßnahmen aus dem erstellten Maßnahmenkatalog nachvollziehen könne.

Ratsherr Ehlers führt aus, dass es Ziel sei, die wesentlichen Auswirkungen der Klimafolgen auf kommunaler Ebene zu ermitteln und daraus entsprechende Maßnahmen zu entwickeln. Hierfür sei eine auskömmliche Personalausstattung erforderlich. Er betont, dass solch ein Klimafolgenanpassungsmanagement derzeit für Kommunen noch eine freiwillige Aufgabe sei. Deshalb sei es angesichts der aktuellen Haushaltslage wichtig, hierfür Fördermittel einwerben, denn ansonsten sei dies derzeit nicht realisierbar. Er dankt der Verwaltung für die schnelle Initiative und die CDU-Fraktion werde hier zustimmen.

Ratsherr Trenkenschu erklärt, dass die AfD-Fraktion hier nicht zustimmen werde, da es reine Steuerverschwendung sei und zu weiterem Bürokratieaufbau führe. Es werde viel Geld investiert, das man an anderer Stelle sinnvoller einsetzen könne. Es sei zunächst nur eine befristete Stelle, doch er gehe davon aus, dass dies mal wieder eine Daueraufgabe werde. Dies führe zu immer mehr Stellen im öffentlichen Dienst. In der Verwaltungsvorlage werde auch kein Aufgabenportfolio definiert; dies sei nicht hinnehmbar.

Ratsfrau Schrader zeigt sich verwundert, denn im Jahr 2023 habe ihre Fraktion die Einrichtung solch einer Stelle für den Stellenplan 2024 bereits beantragt, doch dies sei seinerzeit abgelehnt worden. Heute soll nun eine zusätzliche Stelle befürwortet werden; dies sei nicht nachvollziehbar. Es seien in der Vergangenheit bereits viele Maßnahmen geplant worden, doch leider fehle das Personal, dies zeitnah umzusetzen.

Ratsherr Dr. Hörstmann führt aus, dass der Bund viele Maßnahmen plane und die Kommunen sollen die Kosten tragen. Dies könne so nicht weitergehen. Im Umweltbereich gebe es schon genügend Kapazitäten, um diese Aufgaben zu übernehmen. Weitere Stellen seien nicht erforderlich.

Beigeordneter Brammer erklärt, dass bezgl. der Beschäftigung im öffentlichen Dienst Deutschland eher im Mittelfeld liege. Die Konnexität sei sicherlich ein Problem, doch bei dieser Stelle sollte man dies nicht ins Feld führen. Die Ablehnung der AfD sei nicht nachvollziehbar, da sie schon öfters dem Haushalt und dem dazugehörigen Personalplan zugestimmt hätten. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Beigeordneter Ohl zeigt sich erschrocken über die heutigen Äußerungen. Das Klimafolgenanpassungsgesetz sei verpflichtend und tue den Bürgern gut; dies sei kein Bürokratiemonster und kein ideologischer Firlefanz. Viele würden schon heute große Sorgen haben, weil u. a. im Sommer ihre Wohnungen immer sehr heiß sind. Man sollte diese Thema nicht polemisieren.

Beigeordneter Dr. Bischoff führt aus, dass sein Vorredner mal wieder sehr hochemotional argumentiere und somit auf die ideologische Schiene abdrifte. Die in Rede stehenden Phänomene würden auf alle Städte zutreffen, da frage er sich, warum nun jede Stadt in dieser Sache einen Beauftragten haben muss. Es gebe sicherlich die Möglichkeit, allgemeinverbindliche Maßnahmen zu entwickeln und den Kommunen an die Hand zu geben.

Danach beschließt der Rat der Stadt Celle mehrheitlich bei vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen, unter der Voraussetzung eines positiven Zuwendungsbescheids, die Schaffung einer neuen, befristeten Personalstelle in Vollzeit zur erstmaligen Einführung eines Klimafolgenanpassungsmanagements in der Verwaltung der Stadt Celle.

---

## **20 Mitteilungen der Verwaltung**

Keine.

---

## **21 Anfragen gemäß § 16 der Geschäftsordnung des Rates**

---

### **21.1 Anfrage gemäß § 16 Geschäftsordnung der Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt "Anfragen zum weiteren Vorgehen bzgl. des Karstadt-Gebäudes"**

**AN/0110/25-001**

Der Rat nimmt die o. g. Mitteilungsvorlage zur Kenntnis. Eine Zusatzfrage des Antragstellers wurde nicht gestellt.

---

**21.2 Anfrage gemäß § 16 Geschäftsordnung der Fraktion WG/ Die Partei  
"Anfragen zur Energiespeicherung und Gewinnung von Sauerstoff  
für Kläranlagen"**

**AN/0111/25-001**

Der Rat nimmt die o. g. Mitteilungsvorlage zur Kenntnis. Eine Zusatzfrage des Antragstellers wurde nicht gestellt.

---

**22 Einbringung von Anfragen und Anträgen**

Bezüglich der Thematik "Einbringung von Anträgen" weist der Ratsvorsitzende einleitend darauf hin, dass gemäß § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung zunächst alle Antragsteller vorbringen sollen, in welchen Ausschüssen des Rates ihr Antrag vorberaten werden soll (Redezeit max. zwei Minuten pro Antragsteller). Am Ende werden dann alle Verweisungen in die Ratsausschüsse per Beschluss festgestellt.

---

**22.1 Antrag der CDU-Fraktion "Fortschreibung Fahrradaktionsplan,  
Radverkehrsförderung 3.0"**

**AN/0135/25**

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Ausschuss für Klima, Umwelt, Verkehr und technische Dienste vorberaten werden.

---

**22.2 Antrag der FDP-Fraktion "Anfrage zum Schutz von Kultur im Krisenfall"**

**AN/0136/25**

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Kulturausschuss vorberaten werden.

---

**22.3 Antrag der Fraktion DIE UNABHÄNGIGEN "Beauftragung eines externen Ingenieurbüros zur Sanierung des Europasaaals der Congress Union"**

**AN/0137/25**

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Liegenschaften, vorberaten werden.

---

**22.4 Antrag der Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt "Anordnung von Tempo 30 im Bereich der Sprengerstraße"** **AN/0138/25**

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Ausschuss für Klima, Umwelt, Verkehr und technische Dienste vorberaten werden.

---

**22.5 Antrag der CDU-Fraktion "Beauftragung der Verwaltung, ein Nutzungskonzept für das Gelände des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI) an der Dörnbergstraße zu entwickeln"** **AN/0140/25**

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Liegenschaften,
  - im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus
- vorberaten werden.

---

**22.6 Antrag der AfD-Fraktion "Erstellen eines Beleuchtungskonzeptes für die Trifftanlagen"** **AN/0142/25**

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Ausschuss für Klima, Umwelt, Verkehr und technische Dienste vorberaten werden.

---

**22.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Einführung eines Modells des „Corporate Carsharing“ für die Beschäftigten der Stadt Celle"** **AN/0156/25**

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung vorberaten werden.

---

**22.8 Antrag der Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt "Poller Schuhstraße - bauliche Veränderungen zur Umsetzung der Sperrzeiten"** **AN/0158/25**

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Ausschuss für Klima, Umwelt, Verkehr und technische Dienste  
vorberaten werden.

-----

Nachdem alle Anträge eingebracht wurden, beschließt der Rat einstimmig die o. g. Verweisungen in die Ausschüsse des Rates (siehe TOP 22.1 bis 22.8).

Vorsitz

Protokollführung

\_\_\_\_\_  
Joachim Falkenhagen

\_\_\_\_\_  
Michael Frede

Verwaltung

\_\_\_\_\_  
Dr. Jörg Nigge